




Aigner: Almlandwirtschaft ist das Rückgrat der Bergregionen

Aigner: Almlandwirtschaft ist das Rückgrat der Bergregionen
Hauptalmbegehung 2013: Bundesministerin betont die Bedeutung der Berglandwirtschaft für Gesellschaft, Natur und Tourismus
Bei der traditionellen "Hauptalmbegehung" des Almwirtschaftlichen Vereins Oberbayern hat Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner am Mittwoch im oberbayerischen Grassau (Landkreis Traunstein) den Almbauern in Deutschland die Unterstützung der Bundesregierung zugesichert. "Die Landwirtschaft auf den Almen ist das Rückgrat der Bergregionen. Was unsere Almbäuerinnen und Almbauern leisten - etwa für den Artenschutz oder die Landschaftspflege - hat hohe Anerkennung verdient", sagte Aigner. Sie betonte die Bedeutung der Berglandwirtschaft für Gesellschaft, Natur und Tourismus. "Die Berge zu nutzen heißt sie zu schützen. Die Bewirtschaftung der Almen hilft, die einmalige Biodiversität in den Berggebieten zu erhalten und gleichzeitig die Gefahren der Natur zu mindern", sagte Aigner. Auch der für Deutschland so bedeutende Tourismus sei von der Pflege der einzigartigen Landschaft durch die Bergbauern abhängig. Die Ministerin erinnerte daran, dass Bergbauern unter schwierigsten Bedingungen arbeiten. Deshalb sei es umso wichtiger, dass sie auch in Zukunft Unterstützung erhalten. Durch die schrittweise regionale Anpassung der Direktzahlungen, die Deutschland im Unterschied zu den meisten anderen EU-Staaten in den vergangenen Jahren umgesetzt hat, erhalten die Berglandwirte heute mehr Geld aus Brüssel. Aigner erklärte, die durchschnittlichen Direktzahlungen in Landkreisen mit Berggebieten seien innerhalb der letzten vier Jahre um die Hälfte gestiegen. Zu der nun in der Endphase befindlichen EU-Agrarreform für die nächste Förderperiode sagte Aigner: "Wir haben in Brüssel lange und hart verhandelt. Die Berglandwirte in Deutschland zählen eindeutig zu den Gewinnern der EU-Agrarreform", sagte Aigner. Sie verwies darauf, dass 1,2 Milliarden Euro pro Jahr für die 2. Säule, u.a. als Ausgleichszulage für Berggebiete, gesichert werden konnten. Die umstrittenen, von der EU-Kommission geforderten pauschalen Flächenstilllegungen seien ebenso vom Tisch wie radikale Kürzungspläne, die bis zu 30 Prozent der Direktzahlungen hätten wegfallen lassen und damit gerade viele Bergbauernbetriebe in ihrer Existenz bedroht hätten. Nach den Plänen von Bundesministerin Aigner soll Dauergrünland in benachteiligten Gebieten künftig zusätzlich aus der 1. Säule gefördert werden. Außerdem wird eine spezifische Förderung für Raufutterfresser in sehr umweltsensiblen Gebieten vorgeschlagen, etwa Berggebiete. Aigner begrüßte, dass Bundesländer wie Bayern darüber hinaus die flexiblen Instrumente der EU-Agrarpolitik nutzen, um ihre Berglandwirte zu unterstützen. Darüber hinaus sprach sich Aigner für den Schutz von Bergprodukten und eine Stärkung der Wertschöpfung in den Alpenregionen aus. "Mehr als die Hälfte der deutschen Verbraucherinnen und Verbraucher achten beim Einkauf auf regionale Produkte. Das ist eine große Chance, gerade für unsere Bergbauern, die hohe Qualität und Exklusivität bieten", sagte Aigner. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat ein "Regionalfenster" entwickelt, das nach Abschluss der Erprobungsphase nun ab Herbst vom Handel eingeführt wird und eine transparente und kontrollierte Kennzeichnung regionaler Produkte sicherstellt. Daten und Fakten zur Berglandwirtschaft
Im gesamten Bundesgebiet bewirtschaften rund 14.600 Bergbauernbetriebe eine landwirtschaftliche Fläche von über 300.000 Hektar. Allein in Bayern gibt es rund 10.000 Bergbauernbetriebe, die insgesamt über 240.000 Hektar bewirtschaften. Davon sind rund 40.500 Hektar Lichtweideflächen, die zu fast 1.400 Almen und Alpen gehören (Höhenbereich von 600 bis 2400 Meter). Jedes Jahr werden über 50.000 Rinder, davon 4.500 Milchkühe, sowie 3.200 Schafe und 1000 Pferde auf die Almen gebracht. Über die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete wird in Berggebieten eine Fläche von 212.000 Hektar gefördert, ganz überwiegend bis auf 151 Hektar Ackerland (Datenbasis 2011). 8683 Betriebe erhielten im Jahr 2011 die Ausgleichszulage, deren durchschnittliche Höhe je Betrieb sich auf rund 2.800 Euro belief. Die Berglandwirtschaft ist gekennzeichnet durch extreme Wirtschaftsbedingungen wie etwa lange Winter und kurze Vegetationsperioden mit konzentrierten Arbeitsspitzen, eine schlechte Erreichbarkeit der Flächen und extreme Steillagen, die oft nur mit Handarbeit oder teuren Spezialmaschinen zu bewirtschaften sind. Die Nachteile der Berglandwirtschaft gegenüber Gunstlagen liegen auf der Hand: Es gibt kaum Wachstums- und Expansionsmöglichkeiten und nur sehr begrenzte Möglichkeiten zur Rationalisierung von Kosten, häufig ist der Produktionsaufwand größer als der Erlös der Produkte. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)
Wilhelmstraße 54
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 0 30 / 1 85 29 - 31 74 / - 32 08
Telefax: 0 30 / 1 85 29 - 31 79
Mail: pressestelle@bmelv.bund.de
URL: <http://www.bml.de> 

Pressekontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

bml.de
pressestelle@bmelv.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

bml.de
pressestelle@bmelv.bund.de

Mit Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 22. Januar 2001 wurde das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) zu einem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) umgebildet. Dem neuen Ministerium wurden aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit die Zuständigkeiten für den Verbraucherschutz sowie aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die Zuständigkeit für die Verbraucherpolitik übertragen. Darüber hinaus erfolgte die Verlagerung des Bundesinstituts für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärwesen (BgVV) in den Geschäftsbereich des BMVEL. Mit der Umorganisation erhält der vorsorgende Verbraucherschutz in Deutschland einen neuen Stellenwert. Dies soll unter anderem auch durch eine neue Landwirtschaftspolitik zum Ausdruck kommen, die den Erwartungen und Bedürfnissen der Verbraucher Rechnung trägt, ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern fördert, den Tierschutz weiterentwickelt und den Grundsatz der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft verankert. Da ein großer Teil der Politikbereiche des Ministeriums gemeinschaftsrechtlichen Regelungen unterliegt, besteht die wichtigste Aufgabe des Ministeriums darin, die vielschichtigen Interessen innerhalb Deutschlands zu kanalisieren und als deutsche Interessenlage in den Meinungsbildungs- und

Rechtssetzungsprozess der Europäischen Union einzubringen. Darüber hinaus trägt das Ministerium dafür Sorge, dass Gemeinschaftsrecht in Deutschland ordnungsgemäß angewandt werden kann. Zum Geschäftsbereich des Ministeriums zählen - neben dem neu hinzugekommenen BgVV - unter anderem das Bundessortenamt, zehn Bundesforschungsanstalten sowie die Zentralstelle für Agrardokumentation und -information. Darüber hinaus hat das Ministerium die Aufsicht über vier Anstalten des öffentlichen Rechts, darunter die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.